№ 262. Montag am 16. November 1863.

Die „Laibacher Zeitung" erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.

Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Der Staatsminister hat über den Vorschlag des fürsterzbischöflichen Ordinariates in Prag den Kreuzherrn-Ordenspriester und supplirenden Religionslehrer des Prag-Altstädter Gymnasiums, Adalbert Neumann, zum wirklichen Religionslehrer an den oberen Klassen derselben Lehranstalt ernannt.

Das Justizministerium hat den Landesgerichts-Adjunkten in Verona, Girolamo Ferrari, zum Prätor zweiter Klasse in Tregnago ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 15. November.

Der Kongreß — das ist die Achse, um welche die Konjektur ihre bald lichteren bald dunkleren Kreise zieht. Ueber den Stand der darauf bezüglichen Besprechungen und über die momentanen Anschauungen der von Napoleon eingeladenen Mächte gibt die „Oest. Ztg." folgendes Exposé:

„In der brennenden europäischen Frage dürfte gerade von Seite Oesterreichs und schon in der nächsten Zeit ein Schritt geschehen, welcher zur Klärung der Situation beitragen wird. Das österreichische Kabinet hat im Wesentlichen in der Kongreßfrage dieselbe Anschauung wie die englische Regierung. Es ist einem Kongresse keineswegs abgeneigt, will sich jedoch keineswegs blind in eine Situation stürzen, aus der es keinen Ausweg gibt. Es will also vorher über die Form und das Wesen einer solchen Versammlung Klarheit haben und wird, ehe es einen definitiven Entschluß faßt, sich von der französischen Regierung Antwort über die Vorfrage erbitten, wie dieselbe einen solchen Kongreß gestaltet denke, wie derselbe verhandeln und entscheiden solle, und welches die Berathungsobjekte einer solchen Diplomatenversammlung sein sollten. Die britische Regierung ihrerseits ist der Ansicht, daß die Verträge von 1815, so oft sie auch verletzt und verändert sein mögen, ihre bindende Kraft, in so weit die übrigen Kontrahenten der Veränderung nicht zustimmen, nicht verloren haben. In einem Kongresse sieht sie nicht unbedingt das Mittel, die Rechtsordnung in Europa zu erhalten und zu festigen, ja sie glaubt, daß darin sogar der Keim zu noch größeren Zerwürfnissen gelegt werden könne, wenn nicht vorher die Kongreßmitglieder prinzipiell über gewisse Momente einig sind und vorher genau der Kreis, in dem sich der Kongreß bewegt, umschrieben wird. Da eine große Zahl von Regierungen eingeladen ist, so ist zu vermuthen, daß auch eine lange Reihe von Gegenständen an die Tagesordnung kommen soll; die britische Regierung verlangt daher eine Spezifizirung der zu verhandelnden Fragen, um einerseits zu ermessen, ob Hoffnung vorhanden sei, dieselben auf dem friedlichen Wege der Vereinbarung zu lösen, und dann vorauszusehen, ob der Widerstand eines Einzelnen nicht die Verhandlung zum Scheitern bringen könne. Nur in einem solchen Falle könnte die englische Regierung, meint Earl Russell, sich unbedingt entschließen, einen Repräsentanten zum Pariser Kongresse zu entsenden. In jedem anderen Falle aber müßte dieselbe es noch weiteren Erwägungen unterziehen.

Zwischen Wien und Berlin, so wie zwischen Berlin, London und St. Petersburg haben nicht minder Korrespondenzen stattgefunden; obwohl nun zwischen Oesterreich und Preußen keine eigentliche Gemeinsamkeit der Ansichten feststeht, dürfte doch auch Herr v. Bismark es am Gerathensten finden, sich auf einen ähnlichen Standpunkt, wie das österreichische und britische Kabinet zu stellen. Die inneren deutschen Angelegenheiten vor das Forum eines Kongresses zu bringen, würde bei den deutschen Regierungen nicht minder als bei dem deutschen Volke auf Widerstand stoßen. Dem letzteren würde auch die Entscheidung wegen der Elbe-Herzogthümer durch die fremde Diplomatie mißbehagen. In so lange demnach die Objekte der Verhandlung nicht feststehen, wird weder eine deutsche Regierung, noch der deutsche Bund als solcher an einem Kongresse theilzunehmen sich zu entschließen vermögen.

Was Rußland zu thun gedenkt, ist ganz im Dunkel gehüllt. Daß zwischen Berlin und Petersburg eine lebhafte telegraphische Kommunikation stattgefunden, ist außer Zweifel, doch ist über das Resultat nichts bekannt. Wahrscheinlich wird auch Rußland seinen definitiven Entschluß von Vorfragen abhängig machen, doch ist es nicht unwahrscheinlich, daß von der französischen Regierung eine Auseinandersetzung über die Aufgaben des Kongresses zu verlangen, sondern schon eine Reihe von Bedingungen stellen werde, von denen es sein Erscheinen abhängig macht.

Rußland setzt seine Kriegsrüstungen mit einer Energie fort, die namentlich gegen die finanziellen Zustände jenes Landes sehr absticht und zu dem Schlusse berechtigt, daß man dort von der Unabwendbarkeit eines Krieges sich überzeugt hält. Es gibt sogar Anzeichen, welche es wahrscheinlich machen, daß man in Rußland einen Krieg nicht ungerne sehen würde. Er scheint den dortigen Staatsmännern der beste Ableiter für das revolutionäre Fluidum zu sein, welches durch Herzen's und seiner Freunde Agitationen in Rußland zahl- und einflußreiche Kreise der Gesellschaft durchströmt.

Auf die Stellung der Westmächte zu einander wirft folgender als authentisch mitgetheilter Zwischenfall ein interessantes Streiflicht. „Lord Palmerston," schreibt man der „Pr." aus London, „pflegt schon seit langer Zeit in wichtigen Momenten Unterhandlungen auf dem Wege einer vertraulichen Korrespondenz zu führen. Ein solches vertrauliches Schreiben Palmerston's an einen hochgestellten Staatsmann in Paris (etwa Drouin de Lhuys selbst?) machte in der zweiten hälfte vorigen Monats den zwischen Paris und London schwebenden Unterhandlungen zur Erzielung eines gemeinsamen Schrittes in der polnischen Angelegenheit ein Ende. In diesem vertraulichen Schreiben sagte Lord Palmerston unter anderm:

„Wir müssen die Politik des Abenteuers und des Ehrgeizes Anderen überlassen, und es denen, die sich in eine schwierige Lage durch eigene Schuld gebracht haben, anheimgeben, sich selbst wieder daraus zu befreien. Wir sind durchaus nicht veranlaßt, eine Stellung aufzugeben, in welcher wir alle Vortheile finden, den Vortheil namentlich, ohne des Krieges zu bedürfen, die Situation nach unserm Interesse zu lenken." Hierauf folgte eine lebhafte Antwort, welche etwa in der folgenden Frage gipfelte: „Wie, Sie glauben also nicht, daß England ebensowohl Frankreichs bedarf wie Frankreich Englands, und Sie sind in der That nicht überzeugt, daß der Kaiser am 5. Nov. feierlich allen kriegerischen Absichten entsagen werde?" — Die staatsmännische Persönlichkeit in Paris empfing hierauf zum Abschluß der Korrespondenz wie der ganzen Verhandlung einen Briefbogen, der nichts enthielt als in der Mitte das Wörtchen: „No!" mit der Unterschrift: „London, den 29. Oktober. Palmerston."

9. Sitzung des Herrenhauses
am 12. November.

(Schluß.)

v. Schmerling. Das Haus habe ohne Zweifel den Verhandlungen im Abgeordnetenhause einige Aufmerksamkeit zugewendet, er dürfe daher voraussetzen, daß die Anschauungen der Regierung über diesen Gegenstand, welche im Abgeordnetenhause ausgesprochen wurde, bekannt sein, demungeachtet erlaube er sich auch hier die Erklärung abzugeben, daß die Regierung, als sie die Vorlage eingebracht hat, immer nur im Auge hatte, daß es sich darum handelt, einer schwer geprüften Bevölkerung zu Hilfe zu kommen. Die Regierung erkenne es als ihre Pflicht, dem Nothstande Abhilfe zu verschaffen und wird es daher auch als ihre Pflicht erkennen, auch über die Summe von 20 Mill. Mittel zu verschaffen, wenn diese nicht hinreichen sollte. Der Herr Finanzminister habe ausgesprochen, daß 20 Mill. ausreichen, um über den Winter hinauszukommen. Uebrigens habe sich in letzter Zeit Manches in Ungarn anders gestaltet, als es Anfangs war und man werde in wenigen Monaten eine bessere Uebersicht haben. Für die Regierung könne es übrigens nur angenehm sein, wenn das Haus die Bereitwilligkeit ausspricht, für den Fall der Nothwendigkeit auch mehr zu bewilligen. Die Regierung würde in diesem Ausspruch einerseits sich ermuntert fühlen, wenn bis zum Zusammentritt des Reichsrathes in der folgenden Session ein erhöhtes Bedürfniß hervortritt, unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit diese Summe zu verausgaben und nachträglich die Passirung zu verlangen, oder wenn der Reichsrath beisammen ist, die entsprechende Regierungsvorlage einzubringen. Ein solcher Ausspruch würde schon durch den vom Freiherrn von Rosenfeld eingebrachten Antrag bereits entsprechend ausgedrückt, welcher sich von dem Antrage des Grafen Thun dadurch vortheilhaft unterscheidet, daß er allgemeiner gefaßt ist und der Regierung die Möglichkeit geboten wird, nach allen Richtungen entsprechend vorgehen zu können. In diesem Antrage ist auch die Summe nicht ausgesprochen, wodurch die Regierung in die Lage gesetzt wird, eventuell auch eine größere Summe in Anspruch zu nehmen. Nur wünsche er, daß eine veränderte Fassung beliebt werde, nämlich, daß der Regierung die Initative belassen würde, ein neues Postulat zu stellen; daher stelle er den Antrag nach dem Ausschußantrage, folgenden Zusatz zu beschließen: „Uebrigens spricht das Haus seine Bereitwilligkeit aus, im entscheidenden Momente die weiter erforderlichen und von der Regierung beantragten Summen zur Verfügung zu stellen."

Salm: Er wolle nur dem Hause den Antrag Thun empfehlen, weil dadurch allen Intentionen entsprochen wird, welche im Hause ausgesprochen wurden. Es wurden die 20 Millionen votirt und zugleich die Ehre des Hauses gewahrt. Redner findet den Beschluß des andern Hauses beklagenswerth, was den Präsidenten zu der Bemerkung veranlaßt, er finde, daß die von dem Redner geübte Kritik doch etwas bitter sei.

Fürst Jablanovski: Nur der Umstand einer befürchteten Verzögerung habe ihn bewogen, dem Ausschußantrage beizustimmen. Wer auf dem Lande lebt, wie er, könne die Größe des Unglücks ermessen; er habe im Jahre 1830 ein ähnliches Unglück in seiner Heimat gesehen und erfahren, daß das Land viele Jahre an den Folgen zu tragen hatte.

Freih. v. Rosenfeld schließt sich dem Antrage Schmerling's an und zieht den Seinigen zurück.

Der Antrag Thun's wird unterstützt.

Da Niemand weiter das Wort verlangt, erhält der Berichterstatter das Wort. Er sagt, alle die Bedenken, welche gegen den Ausschußantrag im Hause vorgebracht worden, seien auch im Ausschuß erhoben worden. Sie seien aber alle zurückgetreten vor der Rücksicht der Nothwendigkeit schnell zu leistender Hilfe. Redner vertheidigt die Ausschußanträge und erklärt sich gegen den Antrag Thun's auf eine Adresse. Er hege eine zu große Ehrfurcht vor der geheiligten Stellung Sr. Maj., um dieselbe in die geschäftlichen Beziehungen der beiden Häuser des Reichsrathes hinein

zu ziehen. Den Antrag Rosenfeld's könne er trotz der Befürwortung des Staatsministers nicht empfehlen, ohne sich früher darüber mit der Finanzkommission verständigt zu haben, zu welchem Zwecke er Unterbrechung der Sitzung beantrage.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag der Finanz-Kommission auf unveränderte Annahme des vom Abgeordneten Hause mitgetheilten Gesetzentwurfes wird zum Beschluß erhoben. Behufs Besprechung und Vereinbarung bezüglich der hieran geknüpften Nebenanträge wird die Sitzung unterbrochen.

Um 3 Uhr wird dieselbe wieder eröffnet und vom Präsidenten dem Hause mitgetheilt, das die Antragsteller sich zu dem Antrage auf folgende, in das Protokoll des Hauses aufzunehmende Resolution geeinigt haben: „Das Haus nimmt mit Beruhigung die Erklärung der Regierung auf, daß sie auf ein weitergehendes Bedürfniß bezüglich der Linderung des Nothstandes in Ungarn seinerzeit Fürsorge treffen werde." Diese Resolution wird gefaßt und hierauf zur dritten Lesung geschritten, bei welcher der Gesetzentwurf endgiltig angenommen wird.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 15 Min. Nächste Sitzung Samstag.

41. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 13. November.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Lasser, Plener, Burger.

Den Vorsitz führt Vizepräsident v. Hopfen.

Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung und Mittheilung der Einläufe wird zur Tagesordnung geschritten. Auf derselben steht der „Bericht des Finanzausschusses über das Budget des Finanz-Ministeriums, Abtheilung „Finanzverwaltung."

Berichterstatter ist Abgeordneter Grocholski und für die Titel 3 und 5 Abgeordneter Wohlwend.

Minister v. Plener. Er wolle den Standpunkt kennzeichnen, den er gegenüber den vom Finanzausschusse vorgenommenen Abstrichen einnehme, da es ihm darum zu thun sei, daß die Verhandlung nicht durch Wiederholungen von Einwendungen, die er bei mehreren Punkten erheben würde, in die Länge gezogen werde. Wie sich das Haus aus dem eingebrachten Voranschlage überzeugt haben dürfte, habe das Finanzministerium gegenüber den durch das vorjährige Finanzgesetz genehmigten Positionen noch die bedeutende Herabminderung von beiläufig 350.000 fl. selbst beantragt. Daraus dürfte wohl das Bestreben des Finanzministeriums hervorleuchten, das Möglichste zum Zwecke der Ersparung zu thun. Er glaube, man könne nicht aufrichtiger und thätiger den Willen zur Ersparung an den Tag legen, als wenn man so bedeutende Summen unter den durch das Finanzgesetz bereits bewilligten Positionen selbst beantrage. Diese Herabminderung sei natürlich nur unter gewissen Voraussetzungen möglich gewesen, daß nämlich andere Positionen zuverlässig bewilligt werden, da es der Finanzverwaltung anheimgestellt bleiben müsse, zu beurtheilen, in welcher Weise sie bei der bedeutenden Herabminderung sich anderweitig behelfen würde. Der Finanzausschuß habe aber noch andere bedeutende Reduzirungen beschlossen, und da erklärt er ganz offen, ohne vorläufig in die einzelnen Positionen einzugehen, daß sehr viele vom Ausschusse beschlossenen Reduktionen nicht zur Ausführung gebracht werden können. Aus seiner bisherigen Gebarung werde man sich überzeugt haben, daß er nach Kräften dem Finanzgesetze nachzukommen strebe. Wenn aber das Diensteserforderniß nicht befriedigt werden kann ohne die von ihm in Anspruch genommenen Kräfte, so werde er in der That dennoch den Aufwand für sie in Aufrechnung bringen müssen, und es werde dann Sache der Jahresrechnung sein, es zu rechtfertigen. Aber in Vorhinein erkläre er, daß es nicht möglich sei, allen beschlossenen Abstrichen zu genügen. Wenn er hätte voraussetzen können, daß er über die von ihm freiwillig gebrachten, noch von weitergehenden Reduzirungen bedroht sei, so wäre er mit den Reduzirungen nicht selbst vorgegangen, sondern hätte sich an den Positionen des Vorjahres gehalten. Seine gegenwärtigen Bemerkungen hätten den Zweck, jenem Zeitpunkte vorzubauen, wo er oder sein Nachfolger mit der Rechnungslegung hervortreten werden, um sich darauf berufen zu können, daß es mit dem besten Willen nicht möglich war, alle jene Reduzirungen in's Werk zu setzen Angesichts jener, welche er selbst schon freiwillig und so zu sagen von Amtswegen gebracht habe.

In dem Ausschußberichte werde davon gesprochen, daß noch immer nicht die Regelung der Finanzbehörden durchgeführt sei. Er habe bereits im Vorjahre die Erklärung abgegeben, daß die Durchführung der Reorganisation ohne der vorausgegangenen Organisirung der politischen Behörden vor der Hand noch unterblieben. Uebrigens habe er in dieser Richtung bereits gewirkt, nämlich in jenen kleinen Kronländern, an deren Spitze die Landesregierungen etablirt wurden. Bevor man übrigens an das Werk der Reorganisirung schreite, müsse man sich vor Augen halten, was für Zwecke man damit verfolge. Ein Hauptzweck soll die Ersparung sein, und da habe er zu bemerken, daß die eventuelle Ausgabsverminderung bei den leitenden Finanzbehörden keine so bedeutende sein werde, da dieselbe schon jetzt außerordentlich beschäftigt ist und die Zahl der Beamten nicht bedeutend vermindert werden kann. Die Oekonomie ist bei denselben ohnehin auf's Aeußerste getrieben. Man würde sich einer argen Täuschung hingeben, wenn man glauben würde, auf diesem Felde eine Quelle zu reichlichen Ersparungen zu finden. Ein anderer Zweck der Reorganisirung sei Beschleunigung und Vereinfachung des Dienstes und da werde vorzugsweise der dermalige dreigliedrige Instanzenzug zur Abstellung beantragt. Wenn man die Sache näher betrachtet, werde man finden, daß dieser Instanzenzug gar nicht bestehe, er wisse keine gesetzliche Bestimmung, wornach die Bemessung der Gebühren, Steuern oder Gefällen von der untersten Instanz hinaufgeleitet werden müßte, um daselbst endgiltig entschieden zu werden. Rekurse oder vielmehr Gnadengesuche seien es, welche in das Ministerium einfließen, welche in den meisten Fällen unbegründet sind, in den Fällen aber, wo ihnen Folge gegeben wird, sei es Sache der Gnade oder eines tieferen Eingehens in die Grundlagen der Bemessung. Gesetzlich geschlossen sei aber die Verhandlung stets in den Kronländern. Wenn die Parteien sich die bestehenden Vorschriften gegenwärtig hielten, würden sie in den meisten Fällen von der Unzweckmäßigkeit und Nutzlosigkeit ihrer Gesuche an das Ministerium überzeugt sein. Es gebe allerdings gewisse Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Finanzministerium vorbehalten werden muß, das trete aber im Wesentlichen bei dem Staatseigenthum ein, wo es Objekte gibt, deren Entscheidung man nicht den Instanzen in den Kronländern überlassen kann. In dieser Geschäftspartie sei eine Organisirung nothwendig, und da seien die leitenden Grundsätze, wie er bei Einbegleitung des Budgets sagte, bereits festgestellt. In Bezug auf Steuern, Gefälle und Monopole ꝛc. erwarte man auch nicht neue Schöpfungen von einer Organisirung. Allerdings werde, wenn einmal das Gemeindewesen und die Steuerreform durchgeführt sein wird, der Zeitpunkt sein, organische Neugestaltungen zu treffen, weil dann manche Funktionen gar nicht den l. k. Behörden vorbehalten bleiben, sondern auch Geschäfte des direkten Steuerwesens von den Gemeindeorganen übernommen werden. Diese Veränderung, welche zu erwarten ist, mache es unzweckmäßig, gegenwärtig den Steuerverwaltungsdienst zu reorganisiren. Es sei also in der That gerechtfertigt, daß das Finanzministerium bisher nicht nutzlose Experimente machte. Was den zuerst von ihm besprochenen Aufwand betrifft, so werde er sich den Positionen, wenn seine Einwendungen nicht durchdringen, fügen, aber er sage in Voraus, es werde bei den meisten nicht möglich sein.

Winterstein. Er wisse, wie schwer es sei zu regieren, wenn der Regierung nicht die nöthigen Mittel geboten sind. Er müsse aber bedauern, daß der Finanzminister à la tête der Verhandlung aus Rücksicht auf Zeitersparniß eine allgemeine Erklärung abgegeben und er müsse ihn nur bitten, mit derselben Unermüdlichkeit wie bisher der Verhandlung zu folgen und bei jeder Position seine Ansichten zu begründen. Wenn der Herr Finanzminister Motive vorbringen werde, die triftiger sind, als die des Ausschusses für den Abstrich, so sei er der erste, der bereit ist, die nöthigen Summen zu votiren.

Berichterst. Grocholski vertheidigt den Ausschuß und erklärt, dieser sei von der Ansicht ausgegangen, daß die vorgenommenen Herabminderungen durchführbar seien und auch durchgeführt werden würden. (Schluß folgt.)

Korrespondenz.

Klagenfurt, 12. November.

△ Ich kann nicht umhin, Ihnen doch einmal einen kurzen Bericht über unsere, nicht immer sehr erquicklichen, musikalischen Zustände zu erstatten. — Unser Männergesangverein, welcher bisher sowohl in musikalischer, als auch geselliger Beziehung, oder wo es galt den Schmerzensschrei Hilfsbedürftiger zu lindern, Alles that, was sich unter den gegebenen Verhältnissen nur immer thun ließ, hat nun wieder einen Schritt vorwärts gethan und zwar bei Gelegenheit der neuen Wahlen für den Ausschuß. — Die Mehrzahl der ausübenden Mitglieder gehörte von jeher der liberalen Partei an, zeigte aber nie eine solche Rührigkeit und Einstimmigkeit, als wie eben dießmal, daher es auch kam, daß die Wahlen alle im Sinne dieser „Fortschrittspartei" ausfielen. — Schon geraume Zeit vor der Generalversammlung fanden Wahlbesprechungen Statt, wobei die Verdienste oder Nichtverdienste jedes Einzelnen zur Genüge hervorgehoben wurden und man dießmal auch über jeden zu Wählenden vollkommen in's Klare kam, ob er seine Stelle werde ausfüllen können oder nicht. Dazu kam noch, daß Chormeister Harm, seines vorgerückten Alters wegen, bei Beginn der Versammlung die Erklärung abgeben ließ, daß er eine allenfalls auf ihn fallende Wahl als Chormeister nicht werde annehmen können. Harm ist bereits seit einer langen Reihe von Jahren als Musik- und besonders als Gesangslehrer hier thätig und erzielte als solcher mitunter ausgezeichnete Resultate. Bald nach Gründung unseres Vereines wurde er als Chormeister gewählt, wirkte zum Theile auch mit einem zweiten Chormeister, die längere Zeit aber als solcher allein. Erst in den letzteren Jahren fand man es wieder für gut, die in den Statuten vorgeschriebene Stelle eines zweiten Chormeisters wieder zu besetzen und wählte dazu den in Ihren musikalischen Kreisen nicht unbekannten Professor Reiner. Beide Chormeister wirkten nun eifrigst sowohl in musikalischer als auch geselliger Richtung nicht nur bei Konzerten, sondern auch bei Sängerfahrten und Liedertafeln und der Verein wurde dadurch wieder zu neuer Thätigkeit angeeifert.

Der Zufall wollte es nun eben, daß sich gerade jetzt ein Musiker in unserer Stadt befindet, welcher die Absicht hat, sich hier bleibend nieder zu lassen. Dieß ist nämlich der Klaviervirtuos Decker, welcher hier eine Reihe von Kammermusikproduktionen gab und sich in denselben nicht nur als gewandter Klavierspieler, sondern auch als ausgezeichneter Compositeur zeigte, indem er in seiner dritten Produktion ein Streichquintett vorführte, welches als ganz besonders gelungen betrachtet werden muß und welche Komposition unser, sonst mit Beifallsspenden so karges Publikum, zu stürmischem Beifall hinriß. — Nachdem nun Harm gegen eine Wiederwahl sich erklärt hatte, so war es nur ganz natürlich, daß der Verein sein Augenmerk auf einen solchen Musiker lenkte und Decker wurde anstatt Harm's zum Chormeister gewählt. — So wie bei der Wahl Reiner's ein neuer Aufschwung in den Verein kam, ebenso dürfte auch jetzt diese Wahl nur zum Wohle unseres Vereines ausgefallen sein, und es ist nur zu wünschen, daß beide Chormeister Hand in Hand, unbeirrt vor äußeren Einflüssen, entschieden vorwärts schreiten und dasjenige leisten werden, was unter den gegebenen Verhältnissen, möglicher Weise, nur immer zu leisten ist.

Schließlich muß ich noch bemerken, daß bei genannter Versammlung auch der Antrag auf Revision der alten Vereinsstatuten beantragt und beinahe einhellig angenommen wurde.

Oesterreich.

Wien. Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Joseph haben vor der Abreise von Ischl für das dortige Gemeindearmenhaus 100 fl. gnädigst gespendet.

Wien, 14. November. Ein Wiener Korresp. der „A. Z." schreibt: „Aus guter Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß man dem FML. Grafen Alexander Mensdorff, gegenwärtig Statthalter in Galizien, das Portefeuille des auswärtigen Ministeriums angeboten hat. Der Graf, dessen Gesundheit etwas leidend ist, hat bisher noch nicht angenommen; doch ist es sehr möglich, daß Sie demnächst von der Ersetzung des Grafen Rechberg durch denselben hören. Wie sie wissen, ist Graf Mensdorff durch die Koburger mit dem englischen Hof verwandt. Er ist unstreitig einer der fähigsten Diplamaten Oesterreichs." Die „A. Z." bemerkt hiezu, daß ihr dieses überraschende Gerücht nur von einer Quelle zugekommen ist, weßhalb sie zum Mißtrauen gegen dasselbe auffordert. Von offiziöser Seite wird erklärt, man habe in neuester Zeit nichts vernommen, was dieses Gerücht als der Verwirklichung nahe erscheinen läßt.

— Die „G.-K." schreibt: Der am 10. d. M. fällige Warschauer Personenzug ist in Folge des starken Militärverkehrs auf der Eisenbahn erst am 11. d. Vormittags in Szczakowa eingetroffen. Die sämmtlichen russischen Militärtransporte haben die Bestimmung, gegen die galizische Grenze abzurücken.

Ausland.

Rom, 7. November. Es scheint denn doch nicht, daß die französische Regierung geneigt sei, den Italienern so ohne weiters Rom zu überlassen. Da der päpstlichen Regierung ein konfidentielles Aktenstück des französischen Kabinets zugegangen ist, welches die in äußerst wohlwollendem Tone gestellte Bitte enthält, der Regierung des Kaisers in der Vertheidigung des päpstlichen Besitzthumes und in der Rechtfertigung der weiteren Okkupation Roms durch französische Truppen vor dem Senat und dem gesetzgebenden Körper dadurch beizustehen, daß sie die in Aussicht gestellten politischen Reformen schnell vornehme und die französische Regierung über die Tragweite dieser Reformen aufkläre und belehre.

In Folge dieses, wie gesagt, sehr wohlwollenden Schrittes der französischen Regierung hat der Kardinal Antonelli dem französischen Geschäftsträger eine Liste der einzuführenden Reformen übergeben und die Versicherung zugefügt, daß die darin erwähnten Reformen in der kürzesten Zeit in Angriff genommen werden würden. Ein Theil derselben ist auch bereits erfolgt. So wurde z. B. am 26. v. Mts. ein Edikt publizirt, welches eine namhafte Herabsetzung der Einfuhrzölle auf verschiedene Handelsartikel namhaft macht. Außerdem steht aber eine durchgehende Reorganisirung der Zollgesetzgebung demnächst bevor. Weitere Reformen betreffen das Postwesen, die wichtigsten derselben jedoch die Rechtspflege. Es werden nicht nur das bürgerliche Straf- und Handelsgesetzbuch, sowie das Pfandrecht revidirt, sondern auch die Einrichtung der Gerichtshöfe vollständig umgestaltet werden; — so zwar, daß die Gerichtspflege — namentlich in Sachen, bei denen Laien oder Akatholiken betheiligt sind — aus den Händen klerikaler in jene weltlicher Richter übergeht. Alle diese Reformen sind bereits vorbereitet, und werden noch im Laufe dieses Monats durchgeführt werden.

— Aus **Turin**, 13. d., wird gemeldet: „Eine Ordre des Königs befiehlt dem Kriegsminister die schleunigste Organisirung der mobilen Nationalgarde und deren Ausrüstung mit felddiensttauglichen Präcisions-Waffen."

— Aus **London**, 12. d., wird gemeldet: „In diplomatischen Kreisen verlautet als gewiß, daß das Londoner Kabinet Angesichts der neuen Sachlage auf die Absicht, die Festungswerke von Corfu schleifen zu lassen, verzichtet habe, und dagegen das Besatzungsrecht daselbst sich zu reserviren entschlossen sei."

Tagesbericht.

Laibach, 16. November.

Gestern Vormittag hat die Advokatenkammer eine Sitzung gehalten und Herrn Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Rak zu ihrem Präsidenten gewählt.

— Das für den 17. d. M. angekündigte Schießstätte-Kränzchen findet Mittwoch Statt.

— Die Samstag stattgehabte gesellige Unterhaltung des „Laibacher Turnvereins", zu welcher auch mehrere Schützen erschienen, war äußerst animirt und heiter; sowohl der wissenschaftliche Vortrag „Ueber den Muskel" als auch die Vorlesung der Turnerzeitung, die reich an Scherzen und Burlesken war, und die Gesangsvorträge fanden lebhaften Beifall. Man trennte sich erst spät nach Mitternacht.

— Den Musikfreunden steht ein großer Genuß bevor. Der als Musiker rühmlichst bekannte L. A. Zellner wird nächste Woche hier eintreffen und eins oder zwei historische Konzerte veranstalten, in welchen Kompositionen aus allen Zeitperioden zur Aufführung gelangen werden. Die Anerkennung, welche Zellner durch diese Art Konzerte in Wien und anderwärts gefunden hat, ist eine so ungetheilte, daß wir uns Großes versprechen.

— In Graz fand gestern die Einweihung der medizinischen Fakultät an der Universität Statt, zu welcher Feier auch Se. Exzellenz der Herr Staatsminister von Schmerling erschienen war. Sr. Exzellenz wurden von vielen Seiten Ovationen gebracht.

— Nach längerem, schmerzlichem Leiden verschied am 13. d. M. in Triest, im Kreise ihrer Familie, Marie Gordon, geborne Calafati, in der dramatischen Welt rühmlich bekannt unter dem Namen Alexander Bergen. Erst vor wenigen Tagen feierte eines ihrer gelungensten Lustspiele: „Nur Mutter", einen wahren Triumph im Burgtheater, und die reizenden Possen und Lustspiele, wie: „Sand in die Augen", „der arme Marquis", „der Mord in der Kohlmessergasse", „Schwesterliebe", „der Tugendpreis", „die Vorlesung bei der Hausmeisterin" und bei dreißig andere werden auf dem Repertoire der besten Theater noch lange ihre Zugkraft als Kassastücke bewähren.

Wien, 14. November.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben zur Vertheilung an verstümmelte Krieger aus dem letzten Feldzuge am heil. Weihnachtsabend zu Handen des Bürgers Herrn Franz Anton Danninger 300 fl. allergnädigst übergeben zu lassen geruht.

— Kaum haben sich die hiesigen höheren Kreise von der traurigen Ueberraschung erholt, welche die Nachricht von der Geisteskrankheit des jungen Fürsten Gagarin hervorrief, so werden schon wieder zwei Vorfälle dieser Art bekannt. Wie man uns mittheilt, ist ein Offizier Graf F. irrsinnig geworden, und auch ein greiser hiesiger Fürst ** hat in den letzten Tagen fortwährend Beweise einer bei ihm eintretenden Geistesverwirrung gegeben. Graf F. wird von der fixen Idee beherrscht, daß absolut gar nichts mehr möglich sei. Auf die einfachsten Bemerkungen antwortete er stets: Ja, das wäre Alles sehr gut, aber es ist eben nicht möglich. Der reiche Fürst hält sich für sehr arm, und wenn ihm sein Arzt eine Medizin verschreiben will, erwidert er gewöhnlich: Ich glaube Ihnen, daß mir das helfen könnte, aber ich kann es nicht bezahlen, meine Mittel erlauben mir es nicht!

Vermischte Nachrichten.

Dieser Tage wurde von dem Stadtgerichte München, Abtheilung für Strafsachen, ein Wirth deßhalb zu einer Geldstrafe von 5 fl. verurtheilt, weil er einem Gast durch schlechtes Einschenken die gesetzliche Maß Bier verkürzt hatte. Er sucht dieß dadurch zu entschuldigen, daß es nicht anständig sei, den Krug bis oben anzufüllen. (Wenn wegen solchen Einschenkens jedesmal geklagt würde, so gäbe es hier in Laibach eine Unzahl von Bierprozessen.)

— In Braunschweig hat ein reicher alter Oheim sein bedeutendes Vermögen, um nicht die Erbschaftsstempelgebühren zu zahlen, die an circa 4000 Thaler betragen haben würden, seinem Neffen und einzigen Erben durch eine rechtskräftige Schenkungsurkunde bei Lebzeiten übergeben. Froh, dem habgierigen Fiskus eine nicht kleine Nase gedreht zu haben, lebte der joviale Oheim mit seinem biederen Neffen im besten Einverständniß, als Letztern ein jäher Tod aus diesem irdischen Jammerthal, das für ihn, den Besitzer eines soliden Kapitals, eben keines war, unerbittlich abrief. Was geschah nun? Der Oheim ward jetzt der Erbe seines Neffen und mußte als solcher dem Fiskus natürlich die Erbschaftsgebühren in Höhe der genannten Summe zahlen. Will er sich nun nicht auf's Neue der Eventualität einer zweiten Schenkung aussetzen, die sich das erste Mal so schlecht bewährt hat, so erleidet sein demnächstiger Erbe ebenfalls einen Abzug von 4000 Thalern und der Fiskus hat diese Summe statt einmal, zweimal.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Triest, 14. November. Der gestrandete Lloyddampfer „Europe" wurde mit Hilfe einer französischen Fregatte wieder flott.

Lemberg, 13. November (Nachts). Die „Gaz. nar." meldet: Am 10. Nachts wurden im Vorwerk Ciotusca bei Tomaszow 30 polnische Gendarmen von einer viel stärkeren russischen Abtheilung überfallen und fast sämmtlich, wie auch die sonstigen Bewohner des Vorwerks, niedergemacht; letzteres wurde geplündert.

Frankfurt, 14. November. Eine in der heutigen Bundestagssitzung vorgelegte Erklärung des dänischen Kabinetes, welche den Ständen Holsteins auch betreffs des Normalbudgets eine Kompetenz in Aussicht stellt, wurde den vereinigten Ausschüssen überwiesen.

München, 13. November. Die heutige „Baierische Zeitung" schreibt: Die baierische Regierung beantragte in Berlin bei der Zollkonferenz Namens der zur Vorkonferenz in München versammelten Regierungen Verhandlungen mit Oesterreich. Der Antrag wurde abgewiesen.

Berlin, 13. November. Das „Journal de St. Petersbourg" vom 11. d. M. erhebt sich gegen Artikel des „Nord", welche Rußland eine revolutionäre Politik in Ungarn und der Türkei und eine England feindliche Politik in Asien zuschreiben. Das Journal sagt: Rußland werde weder nahe noch ferne das Prinzip der Ordnung übertreten, für welches es oft genug Achtung gezeigt hat. In Asien können Rußland und England einander gegenseitig helfen; sie haben keinen Grund, ihre gegenseitigen Einflüsse zu vernichten.

Berlin, 13. November. Herr v. Talleyrand wird dem König nach dessen Rückkehr von der Jagd das Einladungsschreiben des Kaisers Napoleon zum Kongreß überreichen. Es wird zuverlässig versichert, daß die Nachricht: Herr v. Bismark unterhandle geheim mit dem hiesigen dänischen Gesandten und habe dem Minister Hall versichert, daß keine Exekution stattfinden und die Eyderpolitik keine Gefahr laufen werde, jeder Begründung entbehre.

Berlin, 13. November. Die „Nordd. Allg. Ztg." erblickt in der bevorstehenden Einführung des neuen dänischen Verfassungsgesetzes, wodurch mit der Inkorporation Schleswigs der Bruch der Vereinbarung von 1852 vollendet wird, eine höchst bedenkliche Erschwerung der Lage, welche die Aussichten auf eine friedliche Lösung vermindert. Die preußische Regierung habe sich bereits in London und Kopenhagen in diesem Sinne ausgesprochen.

Paris, 14. November. Die im Gelbbuche veröffentlichten diplomatischen Aktenstücke enthalten nichts über Italien. Ueber die polnische Frage beklagt die letzte Note Drouins vom 22. September, daß drei Mächte, wie England, Oesterreich und Frankreich nicht dazu gekommen sind, ihren Schritten alle wünschenswerthe Wirksamkeit zu verleihen und es ist nicht auf uns angekommen, ihrer Ansicht die unwiderstehliche Autorität einer kollektiven Entschließung zu sichern. In Bezug auf die amerikanischen Angelegenheiten berichtet eine Note Drouins vom 13. September über eine Unterredung mit dem amerikanischen Gesandten Dayton, welcher die Gerüchte über Proteste bezüglich Mexiko's und die angebliche russisch-amerikanische Allianz dementirte. Drouin hat erklärt, die Dispositionen des Kaisers haben sich in der amerikanischen Frage nicht geändert; wir haben den Süden nicht anerkannt, um so weniger haben wir mit demselben irgend einen Vertrag über die Abtretung von Texas und Louisiana unterzeichnet. Ich habe ihm, fährt Drouin in der Depesche fort, wiederholt, daß wir weder für uns noch für Andere irgend eine Erwerbung in Amerika suchen. Ich erklärte ihm, daß ich auf seine Mitwirkung zähle, um in Amerika eine gerechtere Würdigung unserer Einrichtungen und der Nothwendigkeiten zur Geltung zu bringen, welchen unsere Politik gehorchte. Bezüglich Mexiko's kündigt Drouin dem General Bazaine an, daß er im Besitze von Informationen sei, welche gestatten, die Ziffer der Entschädigung definitiv festzustellen, welche Mexiko an Frankreich schuldet; er werde nicht zögern letzteres zu thun.

Kopenhagen, 13. November. Bei der heutigen dritten Verhandlung über das Grundgesetz erklärt Ministerpräsident Hall, die Regierung werde dem König nicht anrathen, die Befugnisse der Schleswig'schen Stände zu erweitern, namentlich aber nicht ihnen das Recht der Steuerbewilligung einzuräumen. Das Ministerium werde im Falle der Ablehnung des Entwurfs zurücktreten, hoffe jedoch dessen Annahme. Die Abstimmung erfolgt in der Abendsitzung.

Nach einem veröffentlichten ärztlichen Bulletin aus Glücksburg vom 13., leidet der König an ziemlich verbreiteter Gesichtsrose mit leichtem Fieber.

Kopenhagen, 13. November (Nachts). Der Entwurf des Grundgesetzes wurde mit 41 gegen 16 Stimmen angenommen. Das Resultat wurde von der Tribüne mit stürmischem Beifall aufgenommen und der Majorität ein Hoch ausgebracht.

Stockholm, 14. November. „Aftonbladet" behauptet, der Allianzvertrag mit Dänemark sei unterzeichnet, aber nicht ratifizirt. Schweden bewog Dänemark, das Einrücken der Bundestruppen in Holstein nicht als Kriegsursache zu betrachten.

New-York, 4. November. In Ohio und Kentucky wurde eine große Verschwörung entdeckt, welche die gefangenen Konföderirten zu befreien und die Regierung umzustürzen beabsichtigte. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Bei dem hier abgehaltenen Meeting der Demokraten wurden die anwesenden Polen mit Enthusiasmus aufgenommen, die Russen ausgepfiffen.

Der russische Admiral besuchte die Munizipalität von Jersey und erklärte: Der Kaiser sympathisire mit dem Norden und wünsche die Unterdrückung der Insurrektion. Die russische Flotte bringt den Winter vor Washington zu.

S. Domingo, 25. Oktober. Die Einwohner haben Puerto Plata verbrannt.

Markt- und Geschäftsbericht.

Laibach, 14. November. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 3 Wagen mit Getreide, 4 Wagen mit Heu und Stroh, 30 Wagen und 9 Schiffe mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Metzen fl. 5.32 (Magazins-Preis fl. 5.45); Korn fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 3.22); Gerste fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.85); Hafer fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.31); Halbfrucht fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 3 75); Heiden fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.40); Hirse fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 2.82); Kukurutz fl. —.— (Mgz. Pr. fl. 3.39); Erdäpfel fl. —.— (Mgz. Pr. fl. —.—); Linsen fl. 4.20 (Mgz. Pr. fl. —.—); Erbsen fl. 4.50 (Mgz. Pr. fl. —.—); Fisolen fl. 4.50 (Mgz. Pr. fl. —.—); Rindsschmalz pr. Pfund kr. 49, Schweineschmalz kr. 40; Speck, frisch kr. 28, detto geräuchert kr. 39; Butter kr. 47; Eier pr. Stück kr. 2; Milch (ordinär) pr. Maß kr. 10; Rindfleisch pr. Pfund kr. 18—22, Kalbfleisch kr. 24, Schweinefleisch kr. 25, Schöpsenfleisch kr. 12; Hähndel pr. Stück kr. 25, Tauben kr. 15; Heu pr. Ztr. fl. 1.10 bis fl. 1.50, Stroh kr. 75—90; Holz, hartes 30", pr. Klafter fl. 8, detto weiches fl. 6; Wein (Mgz. Pr.) rother, pr. Eimer fl. 10 bis 12, detto weißer fl. 11 bis 14, im allgemeinen Verkehr.

Theater.

Heute, Montag: **„Die rothe Schleife."** Lustspiel, in 4 Akten, von Deinhardstein.

Morgen, Dinstag: Geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: **Ignaz v. Kleinmayr.** Druck und Verlag von **Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg** in Laibach.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. **Wien** 16. November (Wr. Ztg. Abdl. Mittags 1¼ Uhr) Bei anhaltender Abgabe von Papieren für auswärtige Rechnung gegen Rembourse war die Nachfrage nur mit Mai-Zinsen, National-Anlehen und 1860er-Lose um ⅝ bis ⅞ %, 1854er-Lose um ⅜ billiger zu haben waren. Kredit- und Bank-Aktien ebenfalls flauer; Nord- und Staatsbahn-Aktien jedoch nicht unbedeutend höher. Geld findet nicht genügende Verwendung.

Oeffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)

	Geld	Ware
In österr. Währung . zu 5%	69.40	69.60
5% Anleh. v. 1861 mit Rückz.	96.50	97.—
detto ohne Abschnitt 1863⅘	96.—	96.25
National-Anlehen mit Jänner-Coupons . „ 5%	80.20	80.30
National-Anlehen mit April-Coupons . . „ 5 „	80.10	80.20
Metaliques . . . . „ 5 „	73.50	73.60
detto mit Mai-Coup. „ 5 „	73.60	73.70
detto . . . . . „ 4½ „	65.25	65.75
mit Verlosung v. Jahre 1839	154.—	154.50
„ „ 1854	89.50	90.—
„ „ 1860 zu 500 fl. .	93.90	94.90
„ „ zu 100 fl.	94.40	94.50
Como-Rentensch. zu 42 L. austr.	17.50	18.—

B. der Kronländer (für 100 fl.)

Grundentlastungs-Obligationen.

	Geld	Ware
Nieder-Oesterreich . . zu 5%	87.—	87.50
Ob.-Oest. und Salzb. zu 5%	85.—	85.50
Böhmen . . . . . 5 „	91.—	—.—
Steiermark . . . . . 5 „	87.50	88.—
Kärnt., Krain u Küst. 5 „	—.—	—.—
Mähren u. Schlesien . 5 „	88.50	90.—
Ungarn . . . . . 5 „	74.25	74.50
Tem. Ban., Kro. u. Slav. 5 „	73.—	73.50
Galizien . . . . . 5 „	71.—	71.50
Siebenb. u. Bukow. . . 5 „	71.—	73.25
„ m. d. Verl.-Cl. 1867 5 „	71.—	72.50
Venetianisches Anl. 1859 5 „	92.50	—.—

Aktien (pr. Stück).

	Geld	Ware
Nationalbank	774.—	776.—
Kredit-Anstalt zu 200 fl. ö. W.	180.60	180.80
N. ö. Escom.-Ges. z. 500 fl. ö. W.	643.—	645.—
K. Ferd.-Nordb. z. 1000 fl. CM.	1645.—	1647.—
Staats-Eis.-Ges. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	186.50	187.—
Kais. Elis.-Bahn zu 200 fl. CM	137.—	137.50
Süd.-nordd. Verb.-B. 200 „ „	128.80	129.—
Süd. Staats-, lomb.-ven. u. centr. ital. Eis. 200 fl. ö. W. 500 Fr. mit Einzahlung.	249.—	250.—

	Geld	Ware
Galiz. Karl-Ludw.-Bahn z. 200 fl. CM. mit Einzahlung. . .	195.—	195.50
Oest. Don.-Dampfsch.-Ges. z. 500 fl.	423.—	425.—
Oesterreich. Lloyd in Triest	230.—	232.—
Wiener Dampfm.-Akt.-Ges.	390.—	395.—
Pester Kettenbrücke	—.—	395.—
Böhm. Westbahn zu 200 fl. .	150.50	151.75
Theißbahn-Aktien 200 fl. C. M. m. 140 fl. (70%) Einzahlung.	147.—	—.—

Pfandbriefe (für 100 fl.)

	Geld	Ware
Nationalbank auf C. M. 10 „ detto 5%	102.25	102.75
Nationalb. verlosbare 5 „	89.—	89.25
Ungarische Boden-Credit-Anstalt auf ö. W. verlosb. 5 „ zu 5½ pCt.	85.—	85.10
	88.75	89.—

Lose (per Stück.)

	Geld	Ware
Kred.-Anstalt für Handel u. Gew. zu 100 fl. öst. W. . . .	136.70	136.90
Don.-Dampfs.-G. zu 100 fl. CM.	90.50	91.—
Stadtgem. Ofen „ 40 „ ö. W.	33.50	33.75
Esterhazy „ 40 „ C. M	94.50	95.50
Salm „ 40 fl. C.. M.	35.25	35.75
Palffy zu 40 fl. CM. .	34.—	34.50
Clary „ 40 „ „ .	34.75	35.25
St. Genois „ 40 „ „ .	33.50	34.—
Windischgrätz „ 20 „ „ .	22.—	22.50
Waldstein „ 20 „ „ .	20.25	20.75
Keglevich „ 10 „ „ .	15.25	15.50

Wechsel.

3 Monate.

	Geld	Brief
Augsburg für 100 fl. südd. W.	99.25	99.50
Frankfurt a. M. detto	99.25	99.50
Hamburg für 100 Mark Banko	87.80	88.—
London für 10 Pf. Sterling .	117.—	117.25
Paris für 100 Franks . . .	46.20	46.30

Cours der Geldsorten.

	Geld	Ware
K. Münz-Dukaten	5 fl. 64 kr.	5 fl. 65 Nkr
Kronen	16 „ 5 „	16 „ 15 „
Napoleonsd'or . .	9 „ 43 „	9 „ 44 „
Russ. Imperials .	9 „ 68 „	9 „ 70 „
Vereinsthaler . .	1 „ 75 „	1 „ 76 „
Silber-Agio . .	117 „ — „	117 „ 50 „

Effekten und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 14. November 1863.

Effekten.		Wechsel.	
5% Metalliques	73.50	Silber	117.—
5% Nat.-Anl.	80.10	London	117.—
Bankaktien	775	K. k. Dukaten . . .	5.65
Kreditaktien . . .	180.40	1860er Lose . .	93.85

Lottoziehung vom 14. November.
Triest: 47 76 20 85 26.

Fremden-Anzeige.
Den 13. November 1863.

Hr. Pongratz, Schuhfabrikant, von Graz. — Hr. Vallentschag, Holzhändler, von Cilli. — Die Herren: Schimkele, und — Haim, von Wien. — Hr. Rossi, von Codroipo. — Hr. Sipus, von Sissek. — Hr. Girgelli, von Podolien.

Z. 2302. (2)

Photografische Konkurrenz.

Ich beehre mich, dem hochgeehrtesten Publikum meine ergebenste Anzeige zu machen, daß ich von nun an bei Einzelnen so wie Gruppen-Bildern den Preis bedeutend herabgesetzt habe, und das halbe Dutzend, je nach der Anzahl der Personen, nur mit 3 fl. berechne. Indem ich die Versicherung gebe, daß es mein Bestreben stets sein wird, alle geehrten Kunden nach meinen Kräften ganz zufrieden zu stellen, nemerke ich, daß die Aufnahme auf der mit Glas gedekten Terrasse von 10 Uhr Früh bis 3 Uhr Nachmittags stattfindet.

Karl Alkier, Photograf,
Stern-Allee im Fischer'schen Hause.

Z. 2317. (1)

Ausverkauf
von
Oelgemälden.

Wegen Aufgabe des Geschäftes werden eine große Auswahl Oelgemälde, sämmtlich aus freier Hand und mit reich verzierten Goldrahmen, um einen staunend billigen Preis verkauft.

Unter diesen befinden sich Landschaften; die schönsten Parthien aus Oberösterreich, Salzkammergut, salzburgische, baierische, schweizer und steierische Ansichten. Ferner Blumen und Obststücke, wie auch verschiedene andere Gegenstände.

Für die Echtheit der wichtigen Gemälde, aus freier Hand gearbeitet, wird garantirt.

Wozu seine ergebenste Einladung macht

Val. Czaslawski,
aus Wien.

Das Verkaufs-Lokale befindet sich am Hauptplatze neben der Buch- und Kunsthandlung des Hrn. Johann Giontini.

Z. 2310. (1)

Eine Wohnung am Hauptplatz Nr. 239,
bestehend aus 3 Zimmern im 2. Stock wäre sogleich zu beziehen. Anzufragen daselbst.

Z. 2309. (1)

Am Rann Nr. 187,
sind 3 Wohnungen
nebst Speisekammer, Keller, ꝛc. stündlich zu vergeben. Das Nähere ist dortselbst im 1. Stock zu erfragen.

Z. 2315. (1)

Höchst vortheilhafte Markt-Anzeige
eines
AUSVERKAUFES
von allen Sorten
echter Leinwand, Tisch- und Bettzeuge,
Kaffeetücher, weisse und gefärbte Leinentücher,
überhaupt von allen in dieses Fach einschlagenden Artikeln.

Der unterzeichnete **Leinenwaren-Fabrikant aus Georgswalde in Böhmen,** welcher seit **30** Jahren seine Niederlage in Wien hat, und sich durch die Echtheit und Billigkeit seiner Erzeugnisse die vollkommenste Zufriedenheit des dortigen P. T. Publikums erworben hat, sieht sich genöthiget, durch die immer steigenden Garnpreise von diesem Geschäfte sich gänzlich zurückzuziehen. Er benützt daher die Gelegenheit des Marktes, sein noch übriggebliebenes **großes Leinwarenlager**

um 30 Percent unter dem Erzeugungs-Preise

zu veräußern, und macht daher das geehrte P. T. Publikum darauf aufmerksam, ja die Gelegenheit zum Einkaufe von echter und reeller Ware zu benützen.

Das Verkaufs-Lokal ist am Hauptplatz Nr. 9,
im Stroi'schen Hause.

Preis-Courant:

Numburger Leinen-Sacktücheln, pr. Dutzend 2, 3, 4, 5 — 7 fl. **die feinsten.**
1 Stück 30ellige **unzugerichtete Gebirgs-Leinwand von** 7 — 9 fl.
1 „ 30 „ **Lederleinwand,** zu Leintüchern und Unterhosen geeignet, zu 9, 10 — 12 fl.
1 „ 30 „ ⅝ **echte Handgespinnst, rein-leinen,** von 11 fl. 50, 12 fl. 50 13 fl. 50 — 15 fl.
1 „ 38 „ ⅘ und ⅝ **Creas-Leinwand zu** 12 fl. 50, 13, 15 — 17 fl.
1 „ 38 „ **dto. dto.** von gutgebleichtem Garn, von 12 fl. 50, 13 fl. 75, 15—18 fl.
1 „ 30 **dto. Numburger Leinwand** zu Damen- u, Herrenhemden, von 12 fl. 50, 13, 14 — 21 fl. die feinsten.
50 und 54 Ellen echter **Holländer, Numburger, Irländer Weben,** von 20 fl. 22, 25, 29 — 40 fl. die feinsten.
Winterhosenstoffe von 50— 60 kr. die Elle.
1 Stück Kaffeetuch, echtfärbig, von 50 kr. — 3 fl. **die schwersten.**
⅘ ⅘ und ⅘ **Tüschtücher** in Zwilch und Damast, zu 1 fl. 10, 1 fl. 30, 1 fl. 60, 2 — 4 fl.
Handtücher und **Servietten in Zwilch und Damast pr. Dutzend** 2 fl. 25, 3 fl. 75 — 10 fl.

Staunend billig:

Fertige Numburger Leinenhemden, pr. Stück 1 fl. 90 — 2 fl. 50, 4 fl. die feinsten.

Sehr empfehlenswerth für Damen:

6000 Stück Schafwollkleider für Damen in neuesten Mustern und Farben von 3 fl. — 4 fl. das Kleid. Mehrere 1000 Ellen Reste echter **Numburger** und **schlesischer Leinwanden pr.** Elle **32, 35, 40, 50** bis **90 kr.** die feinsten. **Echte Schafwolldecken in verschiedenen Mustern und Größen pr. Stück 4 fl. 90** bis **6 fl.**

Auch befinden sich am Lager alle Gattungen **Schnürl- und Piquet-Barchent** zu den billigsten Preisen.

Ferner eine Auswahl von **Tischzeugen, Damast-Garnituren für 6, 12, 18 und 24 Personen.**

⅘ ⅘ ⅘ **breite Leinwand auf Leintücher ohne Naht** zu den billigsten Preisen.

Abnehmer im Betrage von 50 fl. erhalten einen vorzüglichen Rabatt.

Der Gefertigte ladet hiemit ergebenst ein, von dieser wichtigen Anzeige Gebrauch zu machen, indem es gewiß sein Streben sein wird, daß P. T. Publikum auf das Beste zu bedienen.

Ergebenst
Karl Rudolf,
Leinenwaren-Erzeuger aus Georgswalde in Böhmen.

Der Verkauf dauert nur bis über den Markt.

Z. 2308.

Die erste Abtheilung
von
Sattler's Kosmoramen
auf dem Kongreßplatze ist täglich von Morgens bis Sonnenuntergang zu sehen. — Eintritt 20 kr. Kinder 10 kr.

Z. 2250. (2)

Wohnungs-Anzeige.

Im Hause Nr. 21 am alten Markte ist der ganze erste Stock mit der Altane, bestehend aus 8 Zimmern, 2 Kabineten, dann Küche, Speis- und Holzgewölbe, für kommenden Georgi 1864 zu vermiethen.

Das Nähere ist im 2. Stocke bei dem Hauseigenthümer zu erfahren.